

Es bewegt sich etwas

Die durch die Anwesenheit von MigrantInnen vorhandene Mehrsprachigkeit ist ein Reichtum - so einfach und prägnant war die These von Ingrid Gogolin, Hochschullehrerin in Hamburg, und so überraschend. Wenn es um die Frage beruflicher Bildung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund oder auch von Weiterbildung ihrer Eltern geht, werden in der Regel schlechte Deutschkenntnisse von MigrantInnen thematisiert. Es ist eine Frage der Perspektive: Setzt man an, wo Menschen Defizite haben oder da, wo sie über Qualifikationen verfügen?

Nicht von den Defiziten ausgehen - was nicht heißt, sie zu ignorieren -, sondern von den Fähigkeiten - das war ein Ansatz in den Diskussionen auf der Tagung „Berufliche Qualifikation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund“, die am 21. und 22. März in Potsdam stattfand. Veranstalter war der Bereich Migration und Qualifizierung beim DGB Bildungswerk.

Der von Gogolin benannte Reichtum wird als solcher aber nicht erkannt, was auch mit europäischen Traditionen zu tun hat. Europäische Gesellschaften bzw. Staaten sind einsprachig - und falls nicht, wie die Schweiz, dann sind unterschiedliche Sprachen

an Siedlungsgebiete gekoppelt. Ein anderer Grund, warum der Reichtum nicht genutzt werden kann liegt darin, dass den mitgebrachten Sprachen ein minderer Status unterstellt wird und sie bis auf Ausnahmen an den Schulen nicht gelehrt werden. Die „legitimen Sprachen“ - so Ingrid Gogolin - sind nur die Schulsprachen. Dies, so ihre Schlussfolgerung, komme einer Kapitalvernichtung gleich. Am Beispiel einer jungen Portugiesin schilderte sie, wie Mehrsprachigkeit im Beruf zum Erfolg beitragen kann.

Der Ansatz, nicht von Defiziten auszugehen, sondern von den Stärken der Jugendlichen - darauf verwies Monika van Ooyen vom Bundesinstitut für berufliche Bildung (BIBB) -, ist auch in dem Beschluss des Bündnisses für Arbeit zur Förderung junger MigrantInnen enthalten. Damit sei ein Paradigmenwechsel vollzogen.

Ein wichtiger Ansatzpunkt, um die sich verschlechternde Ausbildungssituation ausländischer Jugendlicher zu verbessern - dies wurde in der Diskussion mehrfach unterstrichen - ist die Schnittstelle beim Übergang von der Schule in den Beruf. Und hier gilt es nicht nur, an die Jugendlichen heranzugehen. Gleichermaßen müssen die Eltern davon überzeugt werden,

dass eine berufliche Bildung entscheidend dafür ist, sich in der Gesellschaft zurechtzufinden. „Die Eltern“, so ein Teilnehmer, „müssen das Bildungssystem kennen und anerkennen.“ Die bestehenden zahlreichen Initiativen eröffnen allerdings die Chance, dass diese Überzeugungsarbeit vorankommt.

Deutlich wurde in der Diskussion auch, dass es viele Ansatzpunkte gibt, an denen gehandelt werden müsse. So sollten zum Beispiel verstärkt wieder Ganztagschulen eingerichtet werden, um bestehende Benachteiligungen ausgleichen zu können. Dies forderte Günter Dickhausen vom Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand. Insgesamt wurde die Ausbildungssituation ausländischer Jugendlicher als besorgniserregend bilanziert. Allerdings zeigte sich auch, dass begonnen wurde, zu handeln - auf vielen Ebenen.

Die Tagung wird dokumentiert. Das Erscheinen der Dokumentation werden wir im Forum Migration melden.

Integrationshilfen

Mobilitätsberatung

Im Rahmen der Mobilitätsberatung bieten Fachkräfte der Bundesanstalt für Arbeit Hilfen zur beruflichen Eingliederung von Drittstaatlern in den deutschen Arbeitsmarkt. Die Berater erleichtern außerdem die Möglichkeit der Rückkehr in die Herkunftsländer, etwa bei der Gründung einer selbstständigen Existenz im Heimatland oder mit Informationen über allgemeine Arbeitsbedingungen. Bei Eingliederung zielt die Hilfe unter anderem auf Vermittlung in Ausbildungsverhältnisse für Jugendliche, Förderung der beruflichen Weiterbildung für Erwachsene und Gewährung von Mobilitäts- und Eingliederungshilfen.

Flyer mit Informationen auch über die so genannten Schwerpunktarbeitsämter gibt es in den Arbeitsämtern. Dort können auch deren Ausländerbeauftragte weiterhelfen.

Asylbewerberzahlen

Die Hauptherkunftsländer der Asylbewerber 2001:

	2000	2001	Veränderungen
1. Irak	11.601	17.167	+ 5.566
2. Türkei	8.968	10.869	+ 1.901
3. R. Jugoslawien	11.121	7.758	- 3.363
4. Afghanistan	5.380	5.837	+ 457
5. Russ. Föderation	2.763	4.523	+ 1.760
6. Vietnam	2.332	3.721	+ 1.389
7. Iran	4.878	3.455	- 1.423
8. Indien	1.826	2.651	+ 825
9. Bosnien-Herzeg.	1.638	2.259	+ 621
10. Syrien	2.641	2.232	- 409

Im Jahr 2001 haben insgesamt 88.287 Personen in Deutschland Asyl beantragt, im Jahr zuvor waren es 78.564.

Quelle: Bundesministerium des Innern, Berlin



Mai / 2002



DGB BILDUNGSWERK

Initiativstelle Berufliche Qualifizierung von Migrantinnen

Studien zufolge haben sich die Möglichkeiten auf einen Abschluss einer Berufsausbildung im dualen System für ausländische Jugendliche in den letzten Jahren drastisch verschlechtert. So erlangten 33 Prozent gar keinen Abschluss gegenüber 8 Prozent der deutschen Jugendlichen. Daneben besteht auch Handlungsbedarf bei erwachsenen AusländerInnen. Denn die Zahl derer mit niedrigem Qualifikationsniveau ist bei den ausländischen Erwachsenen mehr als doppelt so hoch wie bei den Deutschen.

Die Zukunft der MigrantInnen kann allerdings nur gesichert werden, wenn alle Qualifizierungspotentiale erschlossen und entwickelt werden. Dies soll u.a. durch das Bundesprogramm „Kompetenzen fördern – Berufliche Qualifizierung von Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf“ geschehen.

Im Rahmen dieses Programms wurde das Projekt „Initiativstelle Berufliche Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten“ (IBQM) initiiert. Auf-

gabe des Projekts ist die Verbesserung der beruflichen Qualifizierung, angefangen bei der Berufsorientierung und Berufsvorbereitung im Übergang von der Schule in die Berufsausbildung. Weitere Punkte sind Angebote von ausbildungsbegleitenden Hilfen und außerbetrieblicher Berufsausbildung bis hin zu regulären Angeboten betrieblicher Berufsausbildung.

Einen besonderen Schwerpunkt bildet die Initiierung neuer Beratungsstellen beim Übergang in Ausbildung und Arbeit. So sollen bundesweit alle Berufsbildungsakteure für die Notwendigkeit der beruflichen Qualifizierung von MigrantInnen sensibilisiert werden und Konzepte, Projekte und Initiativen anregen.

Weitere Informationen:
Bundesinstitut für Berufsbildung
Initiativstelle Berufliche Qualifizierung
von MigrantInnen, 53043 Bonn
Tel. 0228/1070, Fax 0228/107 2886
Email: ibqm@bibb.de
www.bibb.de/ibqm

Konsequenzen aus PISA

Dass einer Berufsausbildung für die Integration von MigrantInnen eine zentrale Bedeutung zukommt, spricht sich allmählich herum, und es entwickeln sich nachahmenswerte Initiativen auf dem Arbeitsmarkt. Die aber haben es umso schwerer, wenn es im schulischen Bereich hapert. Dass dem so ist, hat die PISA-Studie der Öffentlichkeit schmerzhaft vor Augen geführt.

Auffällig ist auch Eines: SchülerInnen mit Migrationshintergrund stehen noch schlechter da als ihre deutschen MitschülerInnen. Das hat nicht mit Dummheit oder Desinteresse zu tun, sondern mit dem Fehlen von Chancengleichheit. Die PISA-Studie zeigt

nämlich auch: „Schule auf hohem Niveau ist auch mit Schülerinnen und Schülern möglich, die einen Migrationshintergrund haben oder aus unteren sozialen Schichten kommen. Jedoch eher in Schweden oder Finnland als in Deutschland.“ Darauf verweist Tayfun Kelttek, Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen MigrantInnenvertretungen Nordrhein-Westfalen (LAGA-NRW). Die LAGA hat die PISA-Studie zum Anlass genommen, in einer Broschüre noch einmal ihre Kritik am deutschen Schulwesen zu formulieren. Gleichzeitig werden aber auch ganz konkrete Verbesserungsvorschläge gemacht, die kurzfristig umgesetzt werden können.

Seminare:

Deutschland ist Einwanderungsland
12. bis 15. Mai 2002
DGB Bildungszentrum Niederpöcking

Europa der Bürger - Perspektiven für die Europäische Union
2. bis 7. Juni 2002
DGB Bildungszentrum Hattingen

Diskriminierung von MigrantInnen am Arbeitsplatz - Aktiv werden für Gleichbehandlung
23. bis 28. Juni 2002
DGB Bildungszentrum Hattingen

Trainings

Interkulturelles Training - Grundkurs
12. bis 15. Mai 2002
ver.di Bildungsstätte Saalfeld

Anti-Rassismus-Training - Grundkurs
26. bis 29. Mai 2002
DGB Bildungszentrum Hamburg

Anti-Rassismus-Training - Kompaktkurs
9. bis 14. Juni 2002
ver.di Bildungsstätte Saalfeld

Anmeldungen bei:

DGB Bildungswerk
Bereich Migration und Qualifizierung
Hans-Böckler-Str. 39
Tel.: 0211/ 4301-141 /-183
Fax: 0211/ 4301-134
E-Mail: migration@dgb-bildungswerk.de
Es besteht auch die Möglichkeit, sich online auf der Homepage anzumelden: www.migration-online.de

Insgesamt bietet die Textsammlung mit Stellungnahmen zur Studie und Thesen für einen besseren Schulerfolg der Kinder von MigrantInnen eine gute Grundlage, die Situation in den Städten und Gemeinden zu diskutieren und sich darum zu bemühen, Veränderungen vor Ort in die Wege zu leiten. Das gilt nicht nur für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen, auch wenn die LAGA sich darauf bezieht.

Die Broschüre „PISA macht alle wach“ kann bestellt werden bei:
LAGA NRW, Helmholtzstr. 28
40215 Düsseldorf, Tel.: 0211/ 99 41 610
Fax: 0211/ 99 41 615
E-Mail: www.laga-nrw.de

Die Themen

Seite 1

**Berufliche Bildung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund
Es bewegt sich etwas**

**Integrationshilfen
Mobilitätsberatung**

Seite 2

**Berufliche Bildung
Initiativstelle Berufliche
Qualifizierung von Migrantinnen**

**LAGA NRW
Konsequenzen aus PISA**

**LERNTAGE
Seminare und Trainingsn**

Seite 3

**Bündnis für Demokratie und Toleranz
Engagement belohnt**

**Beitrittskandidat Tschechien
Wirtschafts- und sozialpolitische
Entwicklung 2001**

**Jetzt auch auf Italienisch
Fachglossar Ausbildung**

**Türkische Auszubildende
Zusatz-Qualifikation**

Seite 4

**KOMMENTAR
Von Heidemarie Wiczorek-Zeul
Bundesministerin für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung
Migration und Globalisierung – ein
Bündnis der Vernünftigen organisieren**

**Tipps für junge Ausländerinnen
Mädchen im Handwerk**

Bündnis für Demokratie und Toleranz

Engagement belohnt

Im März hat das Bündnis für Demokratie und Toleranz die Preisträger des von ihm veranstalteten Wettbewerbs „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ bekanntgegeben. 262 ganz unterschiedliche Initiativen hatten sich an dem Wettbewerb beteiligt, 40 davon erhielten Preise, die zwischen 1000 und 10.000 Mark dotiert waren. Zum Hintergrund des Wettbewerbs erläutert der stellvertretende Geschäftsführer des Bündnisses Reiner Schiller-Dickhut: „Ausländerfeindlichkeit und Gewalt können nur besiegt werden, wenn sich viele Menschen im Alltag engagieren. Deshalb unterstützen wir gelungene Projekte, damit diese Schule machen.“

Den Preis von 10.000 Mark erhielt der Verein „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ aus Köln. Die Arbeit der seit zehn Jahren aktiven Initiative wurde als gleichermaßen unermüdlich wie kreativ gewürdigt. Leo Monz (DGB Bildungswerk), der als Mitglied des Beirats des Bündnis für Demokratie und Toleranz im Rahmen eines Pressegesprächs die Ehrung vornahm: „Die Arbeit von Öffentlichkeit gegen Gewalt ist ein gutes Vorbild für Demokratie und Toleranz,

denn hier engagieren sich Bürgerinnen und Bürger unterschiedlicher Herkunft aus Eigeninitiative für ein friedliches Miteinander von Deutschen und Ausländern.“ Dieses Engagement sei „im höchsten Maße nachahmenswert“.

„Öffentlichkeit gegen Gewalt“ bietet vielfältige Informations- und Diskussionsveranstaltungen, vermittelt Begegnungen und Gespräche. Bei Diskriminierungsfällen können sich Betroffene an das Antidiskriminierungsbüro der Initiative wenden, das 1997 eingerichtet wurde. Ein anderes Projekt der Initiative ist der Mülheimer Dialog. Dabei bemühen sich ausgebildete Konfliktvermittler in dem Kölner Stadtteil um eine friedliche Lösung von Streiffällen und führen Kurse zur Gewaltprävention durch.

Weitere Informationen zum Bündnis für Demokratie und Toleranz
 Bündnis für Demokratie und Toleranz
 Dr. Reiner Schiller-Dickhut
 Bundesallee 216-218
 10719 Berlin
 Tel.: 01888/681-4156
 www.buendnis-toleranz.de

Jetzt auch auf Italienisch

Fachglossar Ausbildung

Das Fachglossar Ausbildung „Unterrichtshilfe für Ausbilderkurse“ ist erstmals in italienischer Sprache erschienen. In diesem Nachschlagewerk werden wichtige Fachbegriffe für die betriebliche Ausbildung verständlich erklärt. Ausländischen Ausbildern wird der Einstieg in die Ausbildung dadurch erleichtert. Erschienen ist das Werk bereits in türkischer Sprache. Weitere Ausgaben folgen demnächst in griechischer, italienischer und kroatischer Übersetzung. Zum Werk gibt es zusätzlich ein Wörterbuch, in dem 500 Begriffe aus der Ausbildung übersetzt sind.

Herausgegeben hat das Glossar die Koordinierungsstelle - Ausbildung in ausländischen Unternehmen (KAUSA), die ausländische Unternehmen darin unterstützt, Ausbildungsplätze zu schaffen.

Das Glossar kann bestellt werden bei KAUSA, Unter Sachsenhausen 10-26, 50667 Köln, Tel. 0221/16 40 666, Fax: 0221/ 16 40 669. Als Download steht es auf der Internetseite von KAUSA zu Verfügung: www.kausa.de



Türkische Auszubildende

Zusatz-Qualifikation

Türkische Jugendliche, die in Deutschland eine berufliche Ausbildung absolvieren, können eine Zusatzqualifikation erwerben, in dem sie parallel zu ihrer Lehre Fachunterricht in türkischer Sprache nehmen und ein fünfwöchiges Betriebspraktikum in der Türkei absolvieren. Diese Qualifikation wird zertifiziert. Der Unterricht wird in Hamburg, Berlin und Bochum angeboten.

Diese Möglichkeit wurde durch eine gemeinsame Initiative der türkischen und deutschen Regierung geschaffen. Die Kosten für den Unterricht und das Praktikum tragen das Bundesarbeitsministerium und das türkische Erziehungsministerium. Koordiniert wird dieses binationale Ausbildungsprojekt vom Institut der deutschen Wirtschaft. Dort gibt es auch Informationen.

Informationen beim Institut der deutschen Wirtschaft Köln
 Gustav-Heinemann-Ufer 84-88
 50968 Köln
 Tel.: 0221/49 81-744
 (Frau Theißen-Welters)

Beitrittskandidat Tschechien

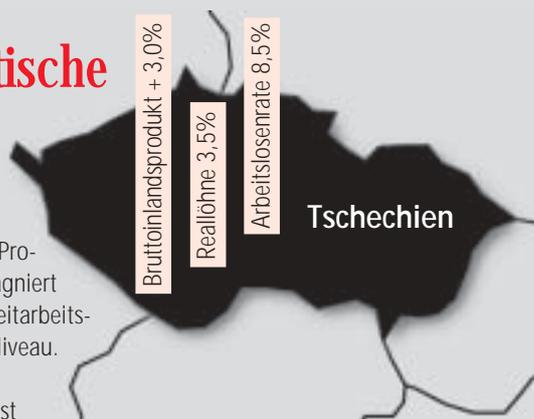
Wirtschafts- und sozialpolitische Entwicklung 2001

Das Projekt „Regionale Gewerkschaftskooperation“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, das in Warschau ansässig ist, legt immer wieder Analysen der Entwicklung in den mittel- und osteuropäischen Staaten vor. Anfang des Jahres erschien eine Kurzstudie über die wirtschafts- und sozialpolitische Entwicklung in Tschechien im Jahr 2001. Autor der Studie ist der frühere Minister Milan Horalek.

Nach drei schwierigen Jahren kam 2001 eine Wende. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs um rund drei Prozent. Die Reallohne stiegen um 3,5 Prozent. Die Arbeitslosenrate sank um

0,3 Punkte auf 8,5 Prozent. Allerdings stagniert die Rate der Langzeitarbeitslosen auf hohem Niveau.

Der soziale Dialog ist trotz bestehender Schwierigkeiten vorangekommen, dies sowohl im Rahmen des Rates des Sozialabkommens - in dem Regierung, Arbeitgeber und Gewerkschaften vertreten sind - als auch bei den bilateralen Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften. Der soziale Dialog gilt in Tschechien inzwischen als ein Schlüsselthema einer modernen Gesellschaft.



Dies sind einige Stichpunkte der faktenreichen, aber nicht ausschweifenden Untersuchung, die auch den Stand der Verhandlungen zum EU-Beitritt benennt.

Informationen per E-Mail beim Projektleiter Frank Hantke unter: fhantke@feswar.org.pl

KOMMENTAR

Heidmarie Wieczorek-Zeul, Stellvertretende Vorsitzende der SPD,
Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Migration und Globalisierung – ein Bündnis der Vernünftigen organisieren

Globalisierung und Migration weltweit, Einbürgerung und Integration in der Bundesrepublik Deutschland und in der Europäischen Union. Dies sind politische und gesellschaftliche Themen von hoher Bedeutung.

Willy Brandts Bild von der „Einen Welt“ nimmt immer konkretere Gestalt an. Die Welt wächst also zusammen – doch droht sie zugleich auseinander zu fallen, denn die Chancen und Risiken, die sich aus der Globalisierung ergeben, sind zwischen den Nationen, aber auch innerhalb von Gesellschaften eines Landes, äußerst ungleich verteilt. Von Frieden und Gerechtigkeit sind wir immer noch entfernt.

Mit positiven Effekten der Globalisierung für Wirtschaft, Technologie, Kommunikation und Transportsysteme gehen auch Fehlentwicklungen der Globalisierung wie Verelendung und Massenarmut, Umweltzerstörung und Kriege, armutsbedingte oder durch Menschenrechtsverletzungen ausgelöste Migration einher.

Wir verstehen es als unsere Aufgabe, die Globalisierung so zu gestalten, dass durch einen Vorrang der Demo-

kratie die Chancen vermehrt und die Risiken dieses Prozesses beherrscht werden.

Die zentralen Herausforderungen sind die Neugestaltung der Demokratie als globaler Prozess und die Verständigung auf verbindliche Leitideen, die den globalen Herausforderungen gerecht werden, aber zugleich den regionalen und lokalen Gestaltungsspielraum erweitern. Die Grundlage hierfür sind die Ideen der Agenda 21, die auf wichtige Impulse von Willy Brandt zurückgehen.

Knapp 10 Millionen neue Inländer leben in unserem Land, davon 7.3 Millionen mit ausländischem Pass, weit über 2 Millionen Spätaussiedler und mehrere hunderttausend Eingebürgerte mit deutschem Pass.

Im September entscheiden die Bürgerinnen und Bürger, wer für die nächsten vier Jahre Bundeskanzler und Bundesregierung stellt. Welche politischen Folgerungen ziehen wir für unser Land aus Globalisierung und Migration?

Wenn nicht alles täuscht, werden wir bis zum 22. September gemeinsam dafür



arbeiten müssen, dass Anstand und Vernunft nicht auf der Strecke bleiben.

Die Gewerkschaften, die Kirchen, die Sozialverbände und auch die Arbeitgeberverbände haben sich hinter die Ergebnisse der von Rita Süssmuth (CDU) und Hans Jochen Vogel (SPD) geleiteten Kommission gestellt. Das Parlament hat das entsprechende Zuwanderungsgesetz beschlossen, dass Integration fördert und Zuwanderung verlässlich steuert.

Aus den bayrischen Tiefen hält man dagegen. Es sieht so aus, als müssten wir aus Anstand und Vernunft diejenigen gemeinsam entgegentreten, die dumpfe Ängste gegen Vernunft mobilisieren wollen.

Meine Bitte: Angesichts einer zusammenwachsenden Weltgesellschaft, unserem Ziel Frieden und Gerechtigkeit weltweit zu verwirklichen, sollten wir in einem Bündnis der Vernünftigen zusammenstehen.

wobei es fünf verschiedene Zweitsprachen gibt.

„Tipps zur Berufswahl im Handwerk für ausländische Mädchen und ihre Eltern“ kann kostenlos bestellt werden im Internet: www.handwerk-nrw.de oder Westdeutscher Handwerkskammertag, Sternwartstr. 27-29, 40223 Düsseldorf, Tel.: 0211/3007-700, Fax: 0211/3007-900, E-Mail: whk@handwerk-nrw.de

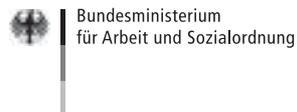
Tipps für junge Ausländerinnen

Mädchen im Handwerk

Mädchen im Handwerk - das ist beileibe nicht nur Friseurin. Trockenbau-monteurin Stuckateurin, Dachdeckerin oder Zahntechnikerin sind nur einige der Berufe, die im Handwerksbereich auch von Frauen ausgeübt werden. Um ausländischen Mädchen und ihren El-

tern die Möglichkeiten zu erläutern, die es im Handwerk gibt, hat der Westdeutsche Handwerkskammertag eine Broschüre mit Tipps zur Berufswahl im Handwerk veröffentlicht. Damit sollen die jungen Ausländerinnen auch ermuntert werden, eine Ausbildung zu absolvieren. Die Informationen reichen von einer Erläuterung des dualen Bildungssystems über die Möglichkeiten im Handwerk bis zu Hinweisen für eine Bewerbung. Die Broschüre ist zweisprachig,

Gefördert durch:



Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Impressum

Herausgeber

DGB Bildungswerk
Vorsitzender: Günter Dickhausen
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich
Bereich Migration & Qualifizierung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel: 0211-4301-141
Fax: 0211-4301-134
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

Verantwortlich

für den Inhalt: Leo Monz

Koordination

Klemens Büsch

Redaktion

Bernd Mansel (Medienbüro Arbeitswelt), Berlin

Layout und Satz

Th. Rubbert, Düsseldorf

Druck und Vertrieb

Der Setzkasten GmbH, Düsseldorf

Erscheinungsweise

monatlich

Bestelladresse

Der Setzkasten GmbH,

Tel.: 0211/4080088, Fax: 0211/4080080

E-Mail: lavista@setzkasten.de

